Stiftung| 07.07.2017 - 13:15

Spanische Liberale wollen Leihmutterschaft ermöglichen

Die spanische Politik debattiert intensiv über die Legalisierung der nichtkommerziellen Leihmutterschaft. "Dieses Gesetz wird eine Realität regeln", heißt es im Vorschlag der spanischen Liberalen (Ciudadanos). "Es kann nicht sein, dass Paare 150.000 Dollar auftreiben und eine Hypothek auf ihr Haus aufnehmen müssen und in die USA gehen, um Mutter oder Vater werden zu können", verdeutlichte Parteichef Albert Rivera bei der Vorstellung des Gesetzesentwurfs. Caroline Haury, European Affairs Manager der Stiftung für die Freiheit in Brüssel, seziert die Debatte [1].

Aktuell versuchten pro Jahr etwa 1.000 Spanier, sowohl homosexuell als auch heterosexuell, mit Hilfe einer Leihmutter im Ausland eine Familie zu gründen. Wer dann mit seinem Kind zurück nach Spanien kommt, den erwarte ein bürokratisches Dickicht, so Haury. Daher wollten die Ciudadanos eine streng regulierte Form der Leihmutterschaft legalisieren. "Zwar soll es den späteren Eltern erlaubt sein, der Leihmutter Kosten zu erstatten, die mit der Schwangerschaft verbunden sind, doch eine Vergütung soll es nicht geben", erläutert sie. Auch solle die Leihmutterschaft nur für spanische Bürger und Einwohner möglich sein, um einen reproduktiven Tourismus zu vermeiden.

Die 32-köpfige Ciudadanos-Fraktion im Parlament werde allerdings noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, wenn ihr Entwurf zur Leihmutterschaft irgendwann einmal Gesetz werden solle, konstatiert Haury. "Eine breite gesellschaftliche Debatte wird dabei unausweichlich sein – eine wichtige Debatte, denn Leihmutterschaft zu ignorieren, wo sie für viele Paare und Leihmütter längst zur Realität geworden ist, ist auch keine Lösung."

Links
[1] https://www.freiheit.org/der-traum-vom-elternsein